

Bedenken von A bis Z

Führerschein: „Ohne Prüfung aufs Motorrad“, FR-Panorama vom 21.6.

Sind wir „Alten“ schon jenseits von ...? Ich machte mit 16 Jahren den Führerschein Klasse 4. Und nur weil ich ihn direkt ausgehändigt bekam. Diese Klasse galt für Landmaschinen und schwerere Mopeds bis 80 km/h. Klasse 5 war für Mopeds bis 40 km/h und den hätte ich erst drei Wochen nach der Prüfung bekommen. Mit 18/19 Jahren machte ich den Führerschein Klasse 1 und 3, mit einer gemeinsamen theoretischen Prüfung. Dies nur der Geschichte willen. Später konnte jeder Autofahrer mit dem Führerschein Klasse 3 ein „Leichtmotorrad“ mit 125 cm und max.15 PS fahren. Und das, ohne erneut eine neue Prüfung ablegen zu müssen.

Hat Herr Scheuer in alten Schubladen gekramt, um das wieder zur „Imageverbesserung“ vorzuschlagen? Man sieht: Alte Hüte neu verpackt und in die ach so „geschundene Umwelt“ ausposaunt. Bedenkenträger von A-Z melden sich vehement und erklären uns, wie gefährlich das ist. Fazit: Uns Alte gibt's noch genug. Wir sind nicht dahingerafft worden – von was auch immer.

Kurt Jüttner, Frankfurt

Das größte Problem

Zu: „Mindestens 280 Euro pro Kind“, FR-Politik vom 14. Juni

Die Idee ist als solche zu begrüßen. Ich würde dennoch einige Änderungen hinzufügen: Nur für Kinder die in der BRD leben; den Betrag halbieren, die nicht ausbezahlte Hälfte zweckgebunden in das Bildungssystem des Bundeslandes, in dem das Kind lebt. Das größte Problem dieses Planeten ist die Überbevölkerung, auch wenn es von der Politik, aus Angst vor den Religionen, totgeschwiegen wird. Deswegen schlage ich weiter vor: Für alle neu hinzu Geborenen ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes – das erste Kind, wie aus dem Beispiel 140 Euro, bei zwei Kindern 280, bei drei Kindern 280, bei vier Kindern 140, bei fünf Kindern 0 Euro. Volker Schön, Frankfurt

Schaden abwenden

Zu: „Der Murks mit der Maut“, FR-Wirtschaft vom 19. Juni

Als Alexander Dobrindt unglückseligerweise damals Verkehrsminister wurde, hat er versprochen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Da hat er sich wohl versprochen. Denn nach dem Aus für die Pkw-Maut könnte das den Steuerzahler 300 Millionen Euro kosten. Schaden abwenden sieht anders aus.

Fritz Brehm, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Diese Hölle ist ein Teil unseres Europas

Zu: „Diese Lager sind die Schande Europas“, FR-Thema vom 19. Juni

Ein rein griechisches Problem

Wenn dem so ist, dann ist es eben auch eine Schande für das europäische Griechenland – und zwar zu einem nicht geringen Teil. Im Interview berichtet Jean Ziegler, der mit Medico International vor Ort war, von den unhaltbaren Zuständen in den Lagern. Zwar erklärt er, dass Korruption und persönliche Bereicherung im Spiel seien und die Einsatzleiterin von Ärzten ohne Grenzen ganz bewusst von Konzentrationslagern spreche, jedoch kommt er am Ende zu dem irgendwie ambivalenten Schluss, die Betonköpfe in Brüssel seien daran Schuld und die griechischen Behörden handelten auf deren Anweisung. Immerhin geben die Brüsseler eine Milliarde Euro. Das sind bei etwa 20000 Flüchtlingen in den Lagern 50000 Euro pro Person. Dass dieses Geld in dunklen Kanälen verschwindet, ist ein rein griechisches, kein europäisches Problem.

Auch Griechenland könnte diese Flüchtlinge menschenwürdig behandeln. Die Anzahl dieser Flüchtlinge auf den Inseln liegt bei weit unter zwei Prozent der Gesamtbevölkerung Griechenlands. Dass man sie dort so behandelt, wie man sie behandelt, erstaunt und verwundert mich nicht. Ich fuhr 1979 mit einem Fährschiff von Lesbos nach Piräus (etwa 24 Stunden). Für die Überfahrt kaufte ich für mich einen Deckplatz, wie das unter jungen Leuten im Mittelmeer so üblich war und ist. Auf dem Schiff pferchte man uns, die Passagiere der dritten (!) Klasse, auf einem völlig überfüllten, winzigen Deck im hinteren Teil des Schiffes zusammen, ohne eine Chance, in den vorderen Teil des Schiffes zu gelangen, nicht einmal um sich die Beine



Angelegt für 650 Menschen, bewohnt von nahezu 4000: Die Lage im Flüchtlingslager auf Samos ist explosiv.

AFP

zu vertreten. Die sanitären Gegebenheiten möchte ich an dieser Stelle nicht beschreiben. Nach der Abfahrt wurde dieses kleine Deck voller Menschen – meist ärmlich aussehende Bauern – durch Metallgitterzäune und Türen gesperrt. Der Stacheldraht am oberen Ende der Konstruktion setzte dem Ganzen die Krone auf.

Als ich Ihren Artikel las, kam mir dieses Bild wieder in den Sinn. Ich wollte mich damals bei einer europäischen Institution über diesen menschenverachtenden Transport in einem EU-Land beschweren. Hätte ich es nur getan. Gewisse Traditionen unterliegen in jenem Land offenbar noch immer einer Kontinuität.

Klaus Boll, Frankfurt

Über diese Zustände sollte täglich berichtet werden

Statt der Börsennachrichten oder noch besser in den Hauptnachrichtensendungen im TV sollten wir täglich über die Zustände in

europäischen Flüchtlingslagern informiert werden, über die dort regelmäßig begangenen Menschenrechtsverletzungen, über Gesetzesbruch, über verdorbene, übel riechende Nahrungsmittel, über Hunger, über Vergewaltigungen, über Kinder, die nicht zur Schule gehen und im Dreck spielen müssen, über Kranke, über Suizid. Wir sollten jeden Tag durch Berichte über Einzelschicksale damit konfrontiert werden, was die menschenverachtende EU-Politik bewirkt, nüchtern, konkret, detailliert. Diese Hölle Moria ist ein Teil unseres Europa, das wir selbst so geschaffen haben. Es belegt jeden Tag neu die Erkenntnis des eben gekürten Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Sebastião Salgado, dass der Mensch ein brutales Tier sei. Solange diese Lager bestehen, sollten jedem von uns die Bezeichnungen „zukunfts-fähig“, „fortschritt“ oder „Gerechtigkeit“ vor Scham im Halse stecken bleiben.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Eine Politik im Interesse der Bevölkerung

Zu: „Den Hass bremsen“, FR-Meinung vom 21. Juni

Selbstverständlich ist es begrüßenswert und wichtig, dem leider vermehrt und gewalttätig auftretenden Rechtsextremismus entgegenzuwirken, wobei die entsprechenden Aufrufe von Außenminister Maas und Innenminister Seehofer reichlich spät erfolgt sind. Ausgerechnet Seehofer war es doch, der sich mit seiner Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und Ankerzentren sowie grundrechtswidrigen Überwachungsmethoden seit seinem Amtsantritt den Rechten angebidert hat. Insofern ist es eher ein Zeichen von Traurigkeit, wenn nicht gar Versagen, dass unsere Spitzenpolitiker erst wieder die Zeichen erkannt haben, nachdem das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist.

Leider scheinen diese Politiker jedoch immer noch nicht die Ursachen erkannt zu haben, warum die Rechten bei den Wahlen in den letzten Jahren und bei gewalttätigen Aktionen diesen Zulauf erhalten haben. Denn die

Politikverdrossenheit vieler Wähler*innen ist vielfach darin begründet, dass sie sich von der Politik vernachlässigt fühlten. Nachdem viele im Jahre 1998 nach 16 Jahren Kohl ihre Hoffnung auf eine andere, nämlich an den Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes orientierte Politik gesetzt hatten, wurden sie bereits nach kurzer Zeit bitter enttäuscht. Die Regierung Schröder – unter Mitwirkung der zurzeit in Hochstimmung befindlichen Grünen – erließ u.a. die Hartz-Gesetze, die bewährte gesetzliche Rentenversicherung wurde verschlechtert und mit der Riesterreinte die Versicherungen zu Lasten der Rentner gefördert, der Spitzensteuersatz gesenkt und die Besteuerung von Erlösen aus der Veräußerung von Gesellschaftsanteilen abgeschafft hat.

Diese Politik der Umverteilung von unten nach oben wurde durch die folgenden Regierungen unter Kanzlerin Merkel mit der Beteiligung zunächst der

FDP, dann der SPD fortgesetzt. All diese den christlichen wie auch den sozialdemokratischen Grundsätzen widersprechenden Maßnahmen haben in der Folgezeit zu den fortwährenden Wahldebakeln sowie schlimmerweise wie in der Weimarer Republik zu einer Stärkung des Rechtsextremismus geführt. Der Politik muss der Vorwurf gemacht werden, dass sie es versäumt hat, die Voraussetzungen zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung, z.B. auf dem Wohnungssektor, zu schaffen, womit viele glaubten, benachteiligt zu werden. Daher sollten die Politiker in Regierung und Parlament begreifen, dass das wirksamste Mittel bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus darin besteht, endlich eine Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu machen!

Peter Boettel, Göppingen

Ungekürzter Leserbrief, Debatte:
frblog.de/luebecke

FR ERLEBEN

Dr. Bernd Hontschik zu Gast in der Sendereihe „Im Gespräch“ aus Anlaß des neuen Buches: „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“
28. Juni 2019, 9:05 Uhr
Deutschlandfunk Kultur

Lutz „Bronski Büge“ stellt seinen neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.
24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt